



AUSWERTUNG

KOALITIONSVERTRAG BAYERN

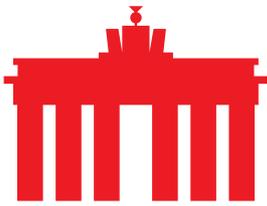
Berlin, 08.12.2023

Am 08. Oktober 2023 wurde in Bayern ein neuer Landtag gewählt. Die CSU konnte sich mit leichten Verlusten als stärkste Kraft behaupten und 37% der Stimmen auf sich vereinen (weitere Ergebnisse: Freie Wähler: 15,8%, AfD: 14,6%, Bündnis 90/Die Grünen: 14,4%, SPD: 8,4%). Die FDP verfehlte mit 3% den Wiedereinzug in den Bayerischen Landtag. Nach der Wahl verständigten sich die CSU und die Freien Wähler auf eine Fortsetzung der seit 2018 bestehenden Koalition. Der [Koalitionsvertrag](#) mit dem Titel „Freiheit und Stabilität – Für ein modernes, weltoffenes und heimatverbundenes Bayern“ wurde am 26. Oktober unterzeichnet.

I. Neue Regierung

Markus Söder wurde am 31. Oktober 2023 erneut zum Ministerpräsidenten gewählt, die Ernennung und Vereidigung der Staatsministerinnen und Staatsminister erfolgte am 8. November 2023. Das Kabinett Söder III besteht aus den folgenden für die Internetwirtschaft relevanten Ministern und Ministerinnen.

Ministerpräsident	Markus Söder (CSU)
Stellvertretender Ministerpräsident, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie	Hubert Aiwanger (Freie Wähler)
Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien	Florian Herrmann (CSU)
Staatsminister des Innern, für Sport und Integration	Joachim Herrmann (CSU)
Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr	Christian Bernreiter (CSU)
Staatsminister der Justiz	Georg Eisenreich (CSU)
Staatsministerin für Unterricht und Kultur	Anna Stolz (Freie Wähler)



Staatsminister für Wissenschaft und Kunst	Markus Blume (CSU)
Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz	Thorsten Glauber (Freie Wähler)
Staatsminister für Digitales	Fabian Mehring (Freie Wähler)

II. Koalitionsvertrag

▪ **Digitalpolitik**

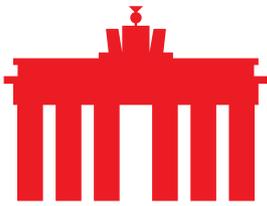
Die neue Bayerische Staatsregierung plant den Einsatz digitaler Technologien in vielen Bereichen, wobei sie die Vorteile der Digitalisierung insbesondere im Zusammenhang mit dem Abbau von Bürokratie und schnellerer Verwaltungsprozesse sieht. Dazu ist geplant KI in der öffentlichen Verwaltung einzusetzen, etwa in Form von Chatbots (S.35). Zudem sollen digitale Baugenehmigungsverfahren zum Regelverfahren werden und der digitale Bauantrag in den kommenden Jahren möglichst von allen unteren Bauaufsichtsbehörden in Bayern angeboten werden (S.48). Bayern ist in den Augen der Koalition bei der digitalen Verwaltung in Deutschland vorne, dabei wird statt e-Government ein aktives Push-Government als Ziel definiert. Bei wichtigen Ereignissen wie etwa Geburt, Volljährigkeit, Umzug und Heirat sollen Bürgerinnen und Bürger automatisch mit allen notwendigen Informationen und Links versorgt werden (S.34). Es ist außerdem geplant mehr Daten der öffentlichen Verwaltung bereitzustellen. Eine wichtige Rolle für zahlreiche Digitalanwendungen in Verwaltung und Wirtschaft kommt dabei laut der Staatsregierung den amtlichen Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung zu. Ferner sollen auch hochauflösende Fernerkundungsdaten bereitgestellt werden (S.36).

Auch in den Bereichen Gesundheit und Pflege soll die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden. Künstliche Intelligenz soll dabei auch bei der medizinischen Versorgung in Bayern eingesetzt werden (S.18). Für die bayerischen Unikliniken wird die Etablierung einer gemeinsamen Datenplattform angekündigt, um Nutzung von Gesundheitsdaten zu vereinfachen (S.45).

Zudem plant die Staatsregierung die Einführung eines Digital-Checks für neue Gesetze (S.35). Für digitalpolitische Vorhaben soll es zudem ein eigenes Digitalbudget geben (S.35).

▪ **Digitale Infrastrukturen**

Im Bereich der digitalen Infrastrukturen hat die Koalition vereinbart, dass bis 2025 für jeden Haushalt in Bayern ein Gigabit-Anschluss möglich sein soll. Deshalb ist die Fortführung der Breitbandförderung in Bayern geplant. Neben privaten Haushalten und Firmenstandorten werden auch die Förderverfahren für Krankenhäuser,



Rathäuser und Schulen bis zum Erreichen der Zielsetzung fortgesetzt. Daneben möchten CSU und Freie Wähler die Resilienz bei Katastrophen und Unglücksfällen stärken. Dazu ist die Ausstattung der kritischen Infrastruktur in öffentlicher Hand und Katastrophen- und Rettungsinstitutionen mit Gigabit-Zugängen geplant (S.22). Zur noch besseren Absicherung kritischer Infrastrukturen will die Staatsregierung die Einrichtung redundanter Rechenzentrums-Standorte schnell voranbringen (S.36).

Bei wichtigen Infrastrukturprojekten setzen CSU und Freie Wähler künftig auf Projektmanager als übergeordnete „Kümmerer“ (S.32). Nähere Ausführungen dazu, wie die Koordinierung erfolgen soll, macht der Koalitionsvertrag nicht.

▪ **Förderung der digitalen Wirtschaft**

Die Koalition aus CSU und Freien Wählern stellt insbesondere den Abbau von Bürokratie in das Zentrum ihrer Wirtschaftspolitik. Konkret ist vorgesehen bis Mitte 2024 10% der Verwaltungsvorschriften zu streichen (S.31) und die bestehende Paragrafenbremse fortzuführen und auszuweiten. Diese soll zukünftig so ausgelegt werden, dass für jede neu Vorschrift zwei bestehende Vorschriften entfallen werden („Eins rein, zwei raus“). Auch EU-Rechtsakte sollen in Bayern nur „Eins-zu-Eins“ umgesetzt werden (S.31). Des Weiteren kündigt die Koalition ein Modernisierungsgesetz an, mit dem Bürger und Unternehmen von „landesrechtlichen Fesseln“ befreit werden sollen (S.32).

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung von High-Tech Industrien und Technologien. Den Deeptech-Standort Bayern will die Staatsregierung weiter stärken. Dazu soll für Tech-Start-ups die Technologieförderung ausgebaut und die Rahmenbedingungen für Finanzierungen optimiert werden (S.40). Mit dem Munich Quantum Valley soll zudem ein Zugang zu Quantencomputertechnologie für Industrie und Forschung geschaffen werden (S.43).

Mikroelektronik und insbesondere die Halbleiterbranche haben für CSU und Freie Wähler eine zentrale industriepolitische Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bayern. Die Koalition will daher die Ansiedlung und Sicherung der Halbleiterindustrie fördern und eine schnellere und qualitativ ausgereifere Praxis bei der Umsetzung der „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) erreichen (S.39). Die bayerische Wirtschaft soll zudem speziell in den Bereichen Quantencomputing, KI und Robotik gefördert werden, dazu soll die Hightech Agenda verstärkt und ausgebaut werden (S.39/40). Um kleine Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen, plant die Koalition die Fortführung des bayerischen Digitalbonus (S.41). Die Staatsregierung stellt zudem die Förderung der Games-Wirtschaft in Aussicht (S.36). Zur schnelleren Bereitstellung und Abwicklung von Förderprogrammen ist eine vordigitalisierte Förderplattform geplant (S.35).

Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, fordert die Staatsregierung vom Bund geeignete Maßnahmen zur Beschleunigung und Ertüchtigung von Visaverfahren für



Fachkräfte (S.62). Diese sollen aus dem In- und Ausland angeworben und passgenau und unbürokratisch in Arbeit vermittelt werden (S.6).

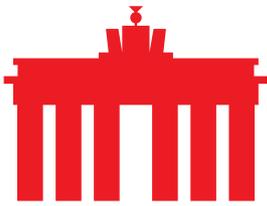
▪ **Innenpolitik**

Die neue Staatsregierung erklärt im Koalitionsvertrag u.a. eine bessere Rechtsdurchsetzung zu einem Schwerpunkt der aktuellen Legislaturperiode. Dabei geht es im Bereich des Internets vor allem um Hasskriminalität, Terrorismus und Missbrauchsdarstellungen von Kindern. Im Kampf gegen Hass und Hetze im Netz will die Koalition mit weiteren rechtspolitischen Initiativen dafür sorgen, dass Hasskriminalität eingedämmt wird, die Betroffenen einschlägige Fälle schnell und einfach anzeigen können und umgehend gegen die Urheber vorgegangen wird. Auch gegen demokratiegefährdende Deepfakes möchten CSU und Freie Wähler vorgehen und dazu rechtspolitische Initiativen anstoßen (S.55). Um die Vorhaben durchsetzen zu können, ist bis 2028 eine Erhöhung der Gesamtmitarbeiterzahl der Bayerischen Polizei um 2.000 auf über 47.000 Stellen vorgesehen. Dabei sollen besonders auch IT-Expertinnen und IT-Experten angemessen berücksichtigt werden (S.56). Die polizeilichen Befugnisse möchte die Staatsregierung an die technischen, digitalen und rechtlichen Entwicklungen im Einklang mit verfassungsrechtlichen Vorgaben anpassen. Neue Kommunikations-, Speicher- und Recherchemöglichkeiten sind nach Ansicht der Koalition der Schlüssel für erfolgreiche Polizeiarbeit. Dazu gehören auch Recherche- und Analysetools. Die Plattform „VeRA“ der Firma Palantir wird als entscheidender Baustein angesehen (S.57). Auch die Möglichkeiten des Verfassungsschutzes sollen an die aktuellen technischen Entwicklungen angepasst werden. Im Bereich der Justiz ist der flächendeckende elektronische Rechtsverkehr bis 2026 vorgesehen (S.54).

Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) soll gestärkt werden. Die geplante Grundgesetzänderung zur Weiterentwicklung des BSI zu einer Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis wird hingegen abgelehnt (S.36). Die Koalition möchte zudem die Resilienz kritischer Infrastrukturen stärken, insbesondere gegen Angriffe aus dem Cyberraum (S.65).

▪ **(Aus-)Bildung/Forschung**

Die vollständige digitale Ausstattung der Schulen in Bayern möchte die neue Staatsregierung weiter vorantreiben (S.10). Dazu ist geplant bis 2028 alle Schüler ab der 5.Klasse mit digitalen Endgeräten auszustatten. An Grund und Förderschulen sind mehr digitale Leihgeräte geplant (S.12). Die Koalition will zudem die Medienbildung und informatische Bildung in den Fachlehrplänen aller Schularten stärken. Lehrkräfte sollen besser in digitalen Technologien, wie KI, fort- und ausgebildet werden. Prüfungsformate im Zusammenhang mit KI sollen getestet werden (S.13). Es ist außerdem geplant, den Schulen mit der BayernCloud eine



digitale Kommunikations- und Kollaborationsanwendungen zur Verfügung zu stellen (S.13).

In der Forschungspolitik soll ein Schwerpunkt bei der Forschung und Entwicklung von Technologien wie Künstliche Intelligenz gesetzt werden. Die Koalition will ferner die Halbleitertechnologie in Bayern weiter ausbauen und Forschungsinstitute sowie Produzenten ansiedeln (S.43). Es ist geplant, die Die High-Tech Agenda auch für die Hochschulen fortzuführen (S.42).

▪ **Sonstiges**

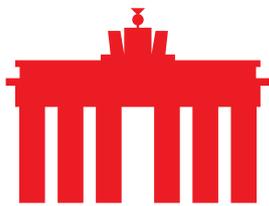
Für die Beschäftigten der Landesverwaltungen soll die Möglichkeit für hybrides Arbeiten dauerhaft etabliert werden, wenn dies möglich ist. Die Potenziale des Homeoffice sollen gehoben werden, indem Behördenstandorte und staatliche Liegenschaften auf ihre weitere Notwendigkeit infolge des Homeoffice geprüft werden. Auch um hybrides Arbeiten zu ermöglichen, soll die eAkte eingeführt und genutzt werden (S.50).

III. Einschätzung und Bewertung

Die Staatsregierung sieht Bayern auf vielen Feldern als führend an und möchte ihre Politik aus der vergangenen Legislaturperiode im Wesentlichen fortführen. Der von CSU und Freien Wählern vorgelegte Koalitionsvertrag enthält daher auch im Bereich der Digitalpolitik insgesamt eher wenig relevante neue Punkte. Positiv ist anzumerken, dass digitale Technologien als wichtige Grundlage für die Innovation und die Wirtschaftliche Entwicklung gesehen werden. Zudem kann ihr Einsatz in vielen Bereichen zum Bürokratieabbau genutzt werden, was für die neue Staatsregierung ein wichtiges Anliegen ist. Der angekündigte Digital-Check für neue Gesetze ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sollten auch bestehende Gesetze auf ihre digitaltauglichkeit geprüft werden. Das angekündigte Digitalbudget ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die Finanzierung und Umsetzung der angekündigten Projekte. Es sollte daher in einer angemessenen Höhe zur Verfügung stehen, die der Relevanz des Themas gerecht wird.

Die Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis 2025 für jeden Haushalt in Bayern ein Gigabit-Anschluss möglich sein soll. Hierzu soll sowohl der geförderte als auch der privatwirtschaftliche Ausbau weiter forciert werden. Der Wirtschaftsstandort Bayern soll als High-Tech Standort gestärkt und fortentwickelt werden. Die Bedeutung digitaler Infrastrukturen hat die Koalition vereinbart, dass bis 2025 für jeden Haushalt in Bayern ein Gigabit-Anschluss möglich sein soll. Die Bedeutung der Resilienz kritischer Infrastrukturen wurde erkannt, unter anderem findet die Einrichtung redundanter Rechenzentren im Koalitionsvertrag Erwähnung.

Auch im Bereich der Wirtschaftspolitik werden einige positive Akzente gesetzt. Mit dem Abbau von Bürokratie, der verstärkten Anwerbung von Fachkräften und der Fortführung des Digitalbonus werden relevante Punkte adressiert. Gerade beim



Digitalbonus sollte neben einer Ausweitung auf freie Berufe auch die Einbeziehung mittlere Unternehmen geprüft werden. Dass zudem der Technologie-Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessert werden soll, ist positiv.

Unklar bleibt indes, inwieweit die Vorhaben im Bereich der Innenpolitik beim Einsatz der Plattform VeRA mit dem Grundgesetz und den Prinzipien des Datenschutzes in Einklang stehen.

Die bayerische Bildungspolitik soll nach dem Willen der Koalition verstärkt auch digitale Kompetenzen vermitteln. Die angestrebte Stärkung der informatischen Bildung ist insbesondere auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel zu begrüßen, wobei der Koalitionsvertrag hier eher vage bleibt. Bei der Forschungspolitik wird hauptsächlich auf die Fortführung der High-Tech Agenda verwiesen. Die Schwerpunkte sind insbesondere mit Quantencomputing, KI und Robotik gut gewählt. Allerdings finden sich speziell im Bereich der Berufsschulen kaum relevante Vorhaben.

Aus Sicht der Internetwirtschaft enthält der geschlossene Koalitionsvertrag sowohl positives als auch negatives. Vieles bleibt im vereinbarten Vertrag vage. So ist etwa unklar, wie hoch das Digitalbudget ausfallen wird. Auch im Bereich der Innenpolitik wird nicht klar, welche konkreten rechtspolitischen Initiativen im Zusammenhang mit Hasskriminalität geplant sind oder welche neuen Befugnisse für die Polizei angestrebt werden. Insgesamt sind viele der Ziele und Schwerpunkte aber positiv zu bewerten, weswegen es auf die Umsetzung des Vertrages in den nächsten 5 Jahren ankommen wird.

Über eco: Mit über 1.000 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Leitthemen sind Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie Ethik und Selbstregulierung. Deshalb setzt sich eco für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein